



Münchner Examenstraining

Tutorium Zivilrecht in der Mittelphase

Thomas Sagstetter

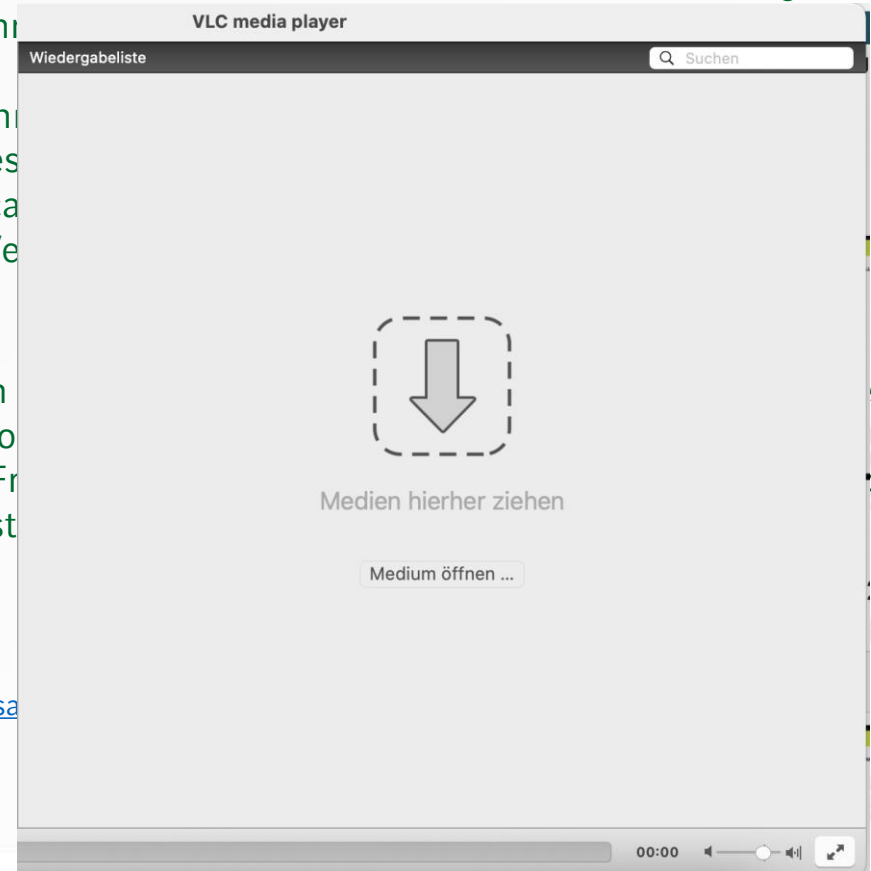
Wintersemester 2020/2021



Vorläufige Ergebnisse der Evaluation und Schlussfolgerungen

- Herzlichen Dank für Ihr Feedback!
- Bewertung der Veranstaltung: 1,12
- Im Einzelnen:
 - **Technisches:**
 - „Die Audiospur könnte gerne ein bisschen lauter sein“; „bisschen lauter reden vielleicht :)“;
„Es wäre schön, wenn Sie lauter sprechen könnten. Ich habe meine Lautstärke voll aufgedreht und man hört Sie leider immer noch sehr leise.“
 - „besseres Mikrofon“ (2 Nennungen)
 - „Ich würde mich freuen, wenn Sie auf Ihre einzelnen Themen zusammenstellen, gesammelt werden.“
 - „Es wäre sehr praktisch, wenn der Podcast zu einem festen Zeitpunkt (am Anfang der Woche) zur Verfügung gestellt werden könnte.“
 - **Format:**
 - „ich würde mich sehr freuen, wenn man die Podcasts in einer übersichtlichen Form zusammenstellt.“
 - „... es tun sich im ZR doch noch viele Fragen an, die zusätzlich zum Fallpodcasts eine Fragestellung haben.“

<https://www.jura.uni-muenchen.de/personen/s/sagstetter>



1. Systematische Übersichten Familienrecht

2. Wiederholung Familienrecht: Fall 13

→ **Ziel:** Grundlagen des examensrelevanten Stoffes im FamR (§ 18 II Nr. 1 d JAPO):

„Familienrecht in Grundzügen“:

- Wirkungen der Ehe im Allgemeinen [ohne Vorschriften zum Getrenntleben] (→ Fall 13)
- Gesetzliches Güterrecht + allg. Vorschriften zur Gütertrennung und Gütergemeinschaft (→ Fall 13, ErbR)
- Allgemeine Vorschriften über Verwandtschaft, Abstammung (→ ErbR)
- ~~Unterhaltspflicht unter Verwandten und Ehegatten~~
- ~~Scheidungsgründe und Unterhalt des geschiedenen Ehegatten~~
- ~~Elterliche Sorge~~
- Sowie aus Abschnitt 2 Titel 5 die Vertretung des Kindes + Beschränkung der elterlichen Haftung (→ Bezüge zu BGB AT → beschränkt Geschäftsfähige)



Wie geht es weiter mit dem Familienrecht?

Kommendes Semester Tutorium erbrechtliche Bezüge FamR, insb.:

- Verwandtschaft/Abstammung
 - Zugewinnausgleich

10.02.2021	Systematische Einführung: Ehe- und Familienrecht (Eheschließung; allgemeine Wirkungen der Ehe; Güterrecht; Unterhaltsrecht; Ehevertrag; Ehescheidung; Abstammungsrecht)	
	Fall 1	<i>Schlüsselerlebnisse I</i> (allgemeine Ehewirkungen; §§ 1365 ff. BGB)
11.02.2021	Fall 2	<i>Schlüsselerlebnisse II</i> (allgemeine Ehewirkungen; §§ 1365 ff. BGB)
12.02.2021	Fall 3	<i>Rot und Schwarz</i> (Zugewinnausgleich)

→ Skript

(Änderungen vorbehalten)

<https://www.examinatorium.jura.uni-muenchen.de/kursuebersicht/familienrecht/index.html>

+

20.04.2021	Fall 6	<i>Die Abrechnung</i> (Nichteheliche Lebensgemeinschaft)
------------	---------------	---

<https://www.examinatorium.jura.uni-muenchen.de/kursuebersicht/bereicherungs/index.html>

Einführung Familienrecht



Allgemeine Ehwirkungen

- Pflicht zur ehel. Lebensgem., § 1353 BGB
- Ehe name, § 1355
- Schlüsselgewalt, § 1357
- Haftungsprivileg, § 1359
- Gläubigerschutz, § 1362 BGB, § 739 ZPO
- Sonstige Ehwirkungen
 - V.a. Garantenstellung im StrafR
 - Gem. Veranlagung SteuerR

Güterrechtliche Ehwirkungen

- **Grds.:** Zugewinnngemeinschaft, § 1363 I BGB
 - EGT getrennt, § 1363 II
 - Ausgleich bei Scheidung/Todesfall, § 1378 I
 - §§ 1365, 1366, 1369 BGB
- **Ausn:**
 - Gütergemeinschaft, §§ 1415-1518
 - Gütertrennung, § 1414
 - [Wahl-Zugewinnngem., § 1519]

Unterhaltsrechtliche Ehwirkungen

→ kein Prüfungsstoff mehr

Pflicht zur ehel. Lebensgem., § 1353 I 2 BGB

Inhalt

- **Pflichtenbegründende Funktion, § 1353 I 2 BGB (Generalklausel):**

- *Personenrechtliche Pflichten:*

eheliche Treue

häusl. Gemeinschaft

Achtung Persönlichkeit

Geschlechtsgemeinschaft
(str.)

Beistand

Rücksichtnahme

- *Vermögensrechtliche Pflichten:*

Gestattung Mitbenutzung Hausrat/Wohnung

Minimierung finanz. Lasten (zB
Mitwirkung Ehegattensplitting)

- **Regulative Funktion**

- Art. + Weise der Pflichtenerfüllung
- zB § 1360a BGB

- **Schrankenfunktion**

- Beschränkung der Ausübung bestehender subj. Rechte
- → „Stillhaltepflicht“ als Ausfluss des Gebots der Rücksichtnahme in Ausnahmekonstellationen (s. ausf. unten)



Pflicht zur ehel. Lebensgem., § 1353 I 2 BGB

Inhalt

- **Pflichtenbegründende Funktion, § 1353 I 2 BGB (Generalklausel)**

- *Personenrechtliche Pflichten:*

eheliche Treue

häusl. Gemeinschaft

Achtung Persönlichkeit

Geschlechtsgemeinschaft
(str.)

Beistand

Rücksichtnahme

- *Vermögensrechtliche Pflichten:*

Gestattung Mitbenutzung Hausrat/Wohnung

Minimierung finanz. Lasten (zB
Wirkung Ehegattensplitting)

- **Regulative Funktion**

- Art. + Weise der Pflichtenerfüllung
 - zB § 1360a BGB

- **Schrankenfunktion**

- Beschränkung der Ausübung bestehender subj. Rechte
 - → „Stillhaltepflicht“ als Ausfluss des Gebots der Rücksichtnahme in Ausnahmekonstellationen (s. ausf. unten)

§§ 280 I, 241 II, 1353 I
BGB (-)

Vollstreckungsverbot:
§ 120 III FamFG:

Die Verpflichtung zur
Eingehung der Ehe und
zur Herstellung des
ehelichen Lebens
unterliegt nicht der
Vollstreckung

§§ 280 I, 241 II, 1353 I
BGB denkbar

Grundsatz: **Getrennte Verfügungsbefugnisse, § 1363 II**

Ausnahme: **Absolute Veräußerungsverbote, §§ 1364 ff.**

**Verfügung über das
Vermögen im Ganzen,
§§ 1365-1368**



**Verfügung über
Haushaltsgegenstände,
§ 1369 i.V.m. §§ 1366-1368**



Sinn + Zweck:

- (1) Sicherung der stofflichen Substanz des Familienzusammenlebens
- (2) Bewahrung der Gegenstände für **Zugewinnausgleich**

Zugewinnngemeinschaft, §§ 1363 ff.

Grundsatz: Getrennte Verfügungsbefugnisse, § 1363 II

Ausnahme: Absolute Veräußerungsverbote, §§ 1364 ff.

Verfügung über das „Vermögen im Ganzen“, §§ 1365-1368



Voraussetzungen § 1365 BGB:

1. Gesetzlicher Güterstand, § 1363 I BGB
2. Verfügung über das „Vermögen im Ganzen“
3. Gegenleistung irrelevant (ganz hM)
4. Keine Einwilligung des anderen Ehegatten

Rechtsfolgen:

1. Schwebende Unwirksamkeit von Verpflichtungs- + Verfügungsgeschäft □ Genehmigung, § 1366?
2. Keine Genehmigung □ nichtig gem. § 134 BGB (absolutes Veräußerungsverbot) □ keine Überwindung durch guten Glauben

(P):

Was bedeutet „Vermögen im Ganzen“?

Ganz hM: Einzeltheorie:

Übertragung einzelner Gegenstände = „Vermögen im Ganzen“ idS, wenn es sich wirtschaftlich um ganze o. nahezu ganze Vermögen handelt

- Wertvergleich veräußerter Gegenstand <-> Restvermögen
 - Kleine Vermögen (< € 250.000): Restwert < 15 % □ Vermögen im Ganzen
 - Große Vermögen (> € 250.000): Restwert < 10 % □ Vermögen im Ganzen

Gesamttheorie (heute kaum mehr vertreten):
Wenn nach Inhalt der ausgetauschten WE „Vermögen“ übertragen werden soll

- Grundstückübertragung (-)

Zugewinnngemeinschaft, §§ 1363 ff.

Grundsatz: **Getrennte Verfügungsbefugnisse, § 1363 II**

Ausnahme: **Absolute Veräußerungsverbote, §§ 1364 ff.**

Verfügung über das „Vermögen im Ganzen“,
§§ 1365-1368



Folge(P):
Erforderlichkeit Kenntnis des
Dritten von Verfügung über
Vermögen im Ganzen?

Voraussetzungen § 1365 BGB:

1. Gesetzlicher Güterstand, § 1363 I BGB
2. Verfügung über das „Vermögen im Ganzen“
3. Gegenleistung irrelevant (ganz hM)
4. Keine Einwilligung des anderen Ehegatten

Rechtsfolgen:

1. Schwebende Unwirksamkeit von Verpflichtungs- + Verfügungsgeschäft ☐ Genehmigung, § 1366?
2. Keine Genehmigung ☐ nichtig gem. § 134 BGB (absolutes Veräußerungsverbot) ☐ keine Überwindung durch guten Glauben

hM: Subjektive Theorie

Positive Kenntnis Dritten von Ausmaß der Verfügung

- Ansonsten ausufernder Anwendungsbereich der Ausnahmenorm § 1365 (vgl. Grds. §§ 1363 II, 1364 II BGB)
- ☐ Verkehrsschutz

Objektive Theorie, Arg.:

- Vorrang Interessen Eheleute > Verkehrsschutz

Übersicht Schlüsselgewalt, § 1357 BGB:

1. **Rechtsnatur:** selbständiger akzessorischer MitverpflichtungsTB neben + unabh. von §§ 164 ff. BGB (□ ausf. nächste Folie)
2. **Telos:** Stärkung der Unterhaltsgemeinschaft „Ehe“ mit Außenwirkung, um Beschaffung Unterhalt zu gewährleisten + unabhängig davon, welcher Ehegatte bei Beschaffung tätig; Gläubigerschutz nur Mittel zum Normzweck, nicht Normzweck selbst (ausf. zum früheren Normzweck übernächste Folie)

3. Voraussetzungen:

a) Anwendbarkeit

aa) Gültige Ehe, §§ 1310 ff. BGB [nicht erforderlich, dass Ehe für Geschäftspartner erkennbar]

bb) Spezialproblem: Anwendbarkeit § 1357 BGB neben Verbraucherschützenden Regelungen? (□ Fall 1 Examinatorium)

b) Geschäft zur angemessenen Deckung des Lebensbedarfs der Familie

- **Geschäft zur Deckung des Lebensbedarfs:** Rechtsgeschäfte, die objektiv geeignet sind, Bedarf der Familie zu decken
 - □ unterhaltsrechtlicher Begriff □ bei Auslegung §§ 1360, 1360a BGB berücksichtigen
 - **erfasst** : Anschaffungen zur unmittelbaren Bedarfsdeckung; Geschäfte, die nach konkreten VH der Ehegatten zur Führung des Haushalts/Befriedigung Bedürfnisse der Ehegatten + gemeinsamer unterhaltsberechtigter Kinder erforderlich sind (Bspe bei *Palandt/Brudermüller*, § 1357 Rn. 13) <-> **nicht erfasst: Luxusartikel**
- **Angemessenheit des Geschäfts:**
 - **Sinn und Zweck des Kriteriums:** dient Schutz des mitverpflichteten Ehegatten vor Inanspruchnahme aus Alleingeschäften größeren Umfangs
 - **Angemessenheit des Geschäfts (+)**, wenn es wirtschaftlichen VH + Lebensgewohnheiten der entsprechenden Familie entspricht
 - **Indiz:** Das Geschäft wird gewöhnlich selbstständig von einem Ehegatten, d.h. ohne Konsultation und Mitwirkung des anderen, erledigt (□ Absprachebedürftig?) □ **nicht angemessen:** Geschäfte mit Investitionscharakter, die ohne Schwierigkeiten zurückgestellt werden können;
 - **Maßstab:** äußerlich erkennbarer Zuschnitt des indiv. Haushalts, wie er sich aus Sicht eines obj. Betrachters darstellt

c) Kein Ausschluss

aa) Abweichende Umstände, § 1357 I 2 aE BGB (hohe Anforderungen)

bb) Gem. §§ 1357 II, 1412 BGB

cc) Getrenntleben gem. §§ 1357 III iVm 1567 BGB

4. Rechtsfolge:

a) Nicht handelnder Ehegatte wird gem. § 1357 I 2 **berechtigt + verpflichtet**

b) Ehegatten haften als Gesamtschuldner, §§ 421 ff. BGB [§ 421 ff. neben § 1357 kommentieren]

Rechtsnatur § 1357 BGB:

e.A.:

Gesetzliche Zwangsermächtigung

- *Entsprechende Anwendung §§ 164 ff. BGB*

Dagegen:

- Im Rahmen des § 1357 BGB gilt stellvertretungsrechtliche Offenkundigkeitsgrundsatz nicht
 - Ausnahme Offenkundigkeitsgrundsatz zwar auch bei „Geschäft für den, den es angeht“
 - <-> durch § 1357 abgedeckte Geschäfte können aber über sog. Bargeschäfte des täglichen Lebens hinausgehen
- Anders als bei Stellvertretung nicht nur Vertretene verpflichtet, sondern beide Ehegatten mitverpflichtet

a.A.:

Organschaftliches Handeln für die Familie

Dagegen:

- Ehe kein neben beiden Ehegatten stehendes Rechtssubjekt
- Keine „Ehegesellschaft“

Zutr. h.M.:

Familienrechtliches Institut *sui generis*

- *selbständiger VerpflichtungsTB; neben + unabhängig v. §§ 164 ff. anwendbar*

Dafür:

- Kann in keine der dt. RO bekannte Form des fremd wirkenden Handelns ohne dogmatische Verrenkungen eingeordnet werden
- (vgl. jeweils links: fehlendes Offenkundigkeitserfordernis, Doppelverpflichtung beider Ehegatten)

Historie: Normzweck des § 1357 BGB im Wandel der Zeit:

Vor 1 EheRG 1976:

- „Leitmodell Hausfrauenehe“
- Erforderlichkeit der Drittberechtigungs- und Drittverpflichtungsbefugnis der Ehefrau zur Ermöglichung der Haushaltsführung
- Unterhaltspflicht des Mannes als Rechtfertigung für dessen Mithaftung

Seit 1 EheRG 1976:

- Partnerschafts- und Gleichberechtigungsprinzip, § 1356 BGB
- Stärkung der Unterhaltsgemeinschaft Ehe mit Außenwirkung □ Gewährleistung Beschaffung des Unterhalts, unabhängig davon, welcher der Ehepartner bei der Beschaffung tätig ist
- Gläubigerschutz lediglich Mittel zum Normzweck, nicht aber Normzweck selbst

Weitere Rechtsfolgen des § 1357 BGB:

- **h.M.:** Ehegatten = Gesamtgläubiger iSv § 428 BGB (**a.A.** Forderungsgemeinschaft iSv § 432 BGB)
- Sachmängelgewährleistungsrechte stehen grds. beiden Ehegatten zu; SEA nach § 280 I aber dem jeweiligen Geschädigten, vgl. ausf. die Übungsklausur bei *Kaiser*, JuS 2013, 146
- **Umstritten: Dingliche Wirkung des § 1357 BGB:**

e.A.: Dingliche Wirkung des § 1357 BGB

- Wortlaut § 1357 I 1: beide Ehegatten werden „berechtigt“ und „verpflichtet“ □ spricht dafür. Dass auch EGT auf beide übergeht

h.M.: § 1357 enthält keinen selbständigen EGT-ErwerbsTB □ dingliche Rechtslage nach allg. Regeln

- Allg. Regeln (§§ 929 ff., 164 ff.) □ ansonsten Publizitätsprinzip des Sachenrechts in praktisch wichtigem Bereich des tägl. Lebens de facto aufgehoben
- Zugewinnngemeinschaft □ gerade grds. Trennung der Gütermassen □ „berechtigt“ bedeutet nur, dass auch anderem Ehegatte Anspruch auf ÜE zusteht



Folge-(P): An wen wird idR übereignet?

- **BGH:** zumindest bei Erwerb Hausratgegenstände □ Erwerb von Miteigentum gewollt, wenn keine ausdr. abw. Einigung, vgl. Rechtsgedanke § 1568b II BGB
 - □ Regeln über „Geschäft für den, den es angeht“
 - □ dabei vertrete handelnde Ehegatte auch anderen
 - □ WE der Vertragsparteien idR so auszulegen, dass EGT der beiden Ehegatten als Miteigentum betrachtet werden soll
- **a.A.: Gegenleistungsprinzip:** wer Gegenl. erbringt □ iZ EGTer
- **a.A.: Einzelfallbetrachtung**

Übersicht Haftungsprivileg, § 1359 BGB:

1. Haftungsmaßstab; keine AGL (!); Klausur → gestörte Gesamtschuld (→ Einheit 14 SoSe 20)
2. **Gedanke:** Ehegatte kennt Eigenheiten des anderen + muss sie grds. tolerieren → kann von ihm keine größere Sorgfalt erwarten, als der andere in eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegt = Ausprägung des aus der Pflicht zur ehelichen Lebensgemeinschaft folgenden Gebotes gegenseitiger Rücksichtnahme + insb. im gem. Haushalt erhöhtes Gefährdungspotential
3. **Voraussetzungen:**
 - a) **Persönlicher Anwendungsbereich**
 - Ehegatten (umstr. Bei Getrenntleben)
 - Eheähnlich Zusammenlebende
 - b) **Sachlicher Anwendungsbereich**
 - Grds.: Gesamter Bereich des ehelichen Pflichtenkreises
 - Ausn.:
 - Keine Geltung bei rechtsgeschäftlichen Beziehungen zw. Ehegatten ohne Bezug zur ehel. Lebensgemeinschaft
 - **Umstritten:** Geltung im außerhäuslichen Bereich mit expliziten Verhaltensgeboten (zB Straßenverkehr)

e.A.:

Anwendung auch im Straßenverkehr

- **Wortlaut:** keine Beschränkung auf häusl. Bereich
- **Teleologische Gesamtbetrachtung:**
Beschränkung zr. Haftung <->
Verkehrsstrafrecht, §§ 315b ff. StGB

Rechtsprechung:

Keine Anwendung im Straßenverkehr

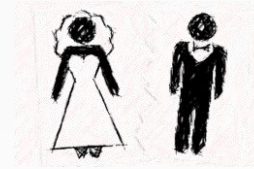
- Straßenverkehrsregeln lassen keinen Spielraum für indiv. Sorglosigkeit
- (P) weitere nicht priv. Schädiger
- i.E. Versicherer entlastet

Zugewinngemeinschaft, § 1363 BGB

Beendigung



Tod eines Ehegatten



auf **andere** Weise
insb. Scheidung

Zugewinnausgleich gem. § 1371 BGB

Zugewinnausgleich gem. §§ 1372 ff. BGB

→ **Kommendes Semester im Erbrecht**

ZUGEWINNAUSGLEICH, § 1372 BGB

Ausgleichsforderung gem. § 1378 BGB (ZGA) = Zugewinn_{Schuldner} – Zugewinn_{Gläubiger}
2

Zugewinn gem. § 1373 BGB =

Endvermögen,
§ 1375 I BGB
(EV)

–

Anfangsvermögen,
§ 1374 I BGB
(AV)



Berechnung Zugewinnausgleich

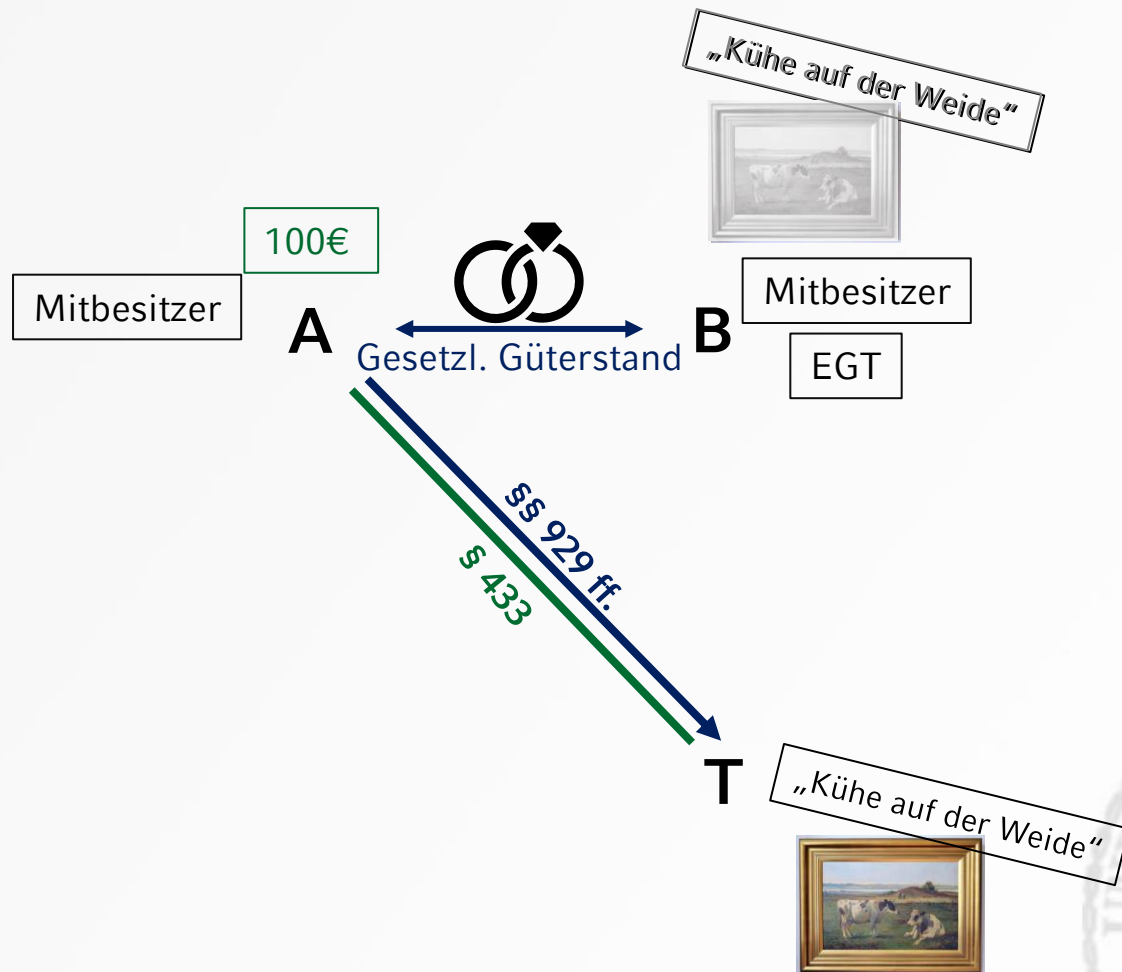
AGL = § 1378 I BGB

	EV, § 1375	AV, § 1374	Zugewinn
M (P)	10.000 €	- 20.000 € § 1374 III	30.000 €
F (U)	20.000 €	0 €	20.000 €

Ausgleichsforderung gem. § 1378 BGB (ZGA) =
$$\frac{\text{Zugewinn}_{\text{Schuldner}} - \text{Zugewinn}_{\text{Gläubiger}}}{2}$$

 U → P gem. § 1378 I BGB:
$$\frac{30.000 \text{ €} - 20.000 \text{ €}}{2} = 5.000 \text{ €}$$

Skizze Frage 1 + 2



1. Frage: Wer ist Eigentümer des Bildes „Kühe auf der Weide?“



**Umstände des
Einzelfalls:**

- Finanzielle Belastung (→ Einkommens-/Vermögenslage)
- Vorherige Abstimmung üblich bei derartigen Geschäften?

Eigentümer des Bildes „Kühe auf der Weide“?

A. Ursprüngliche Eigentumslage

- B, § 1006 I BGB
- Ehe?

→ gesetzlicher Güterstand → k. gemeinsames Vermögen der Eheleute, § 1363 II 1 BGB



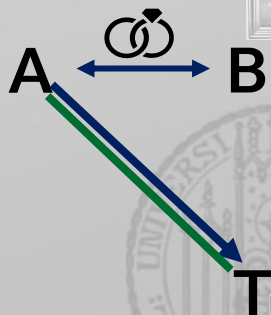
„Kühe auf der Weide“

B. EGT-Verlust durch Übereignung A → T, § 929 S. 1 BGB?

- Einigung A – T*, Übergabe (+)
- Verfügungsbefugnis
 - A nicht EGTer/nicht zur Verf. ermächtigt

Verfügungsbefugnis des A aufgrund § 1357 I 2 BGB?

- Geschäft zur angemessenen Deckung des Lebensbedarfs?
- (P) Dingliche Wirkung des § 1357 I 2 BGB?



- Vertretbar hier bereits § 1369 I BGB anzusprechen, da Einigung = „auf Verfügungen zielendes Rechtsgeschäft“ iSd § 1369 I BGB (vgl. allgemein zur Def. der umfassten Rechtsgeschäfte MüKoBGB/Koch BGB § 1369 Rn. 30)

- In Klausur Aufbau nicht thematisieren, sondern für einen Aufbau entscheiden und einheitlich „durchziehen“

Eigentümer des Bildes „Kühe auf der Weide“?

A. Ursprüngliche Eigentumslage

- B, § 1006 I BGB
- Ehe?

→ gesetzlicher Güterstand → k. gemeinsames Vermögen der Eheleute, § 1363 II 1 BGB



„Kühe auf der Weide“

B. EG-Verlust durch Übereignung A → T, § 929 S. 1 BGB?

- Einigung A – T, Übergabe (+)
- Verfügungsbefugnis
 - A nicht EGTer/nicht zur Verf. ermächtigt
 - Verfügungsbefugnis des A aufgrund § 1357 I 2 BGB?
 - Geschäft zur angemessenen Deckung des Lebensbedarfs?
 - (P) Dingliche Wirkung des § 1357 I 2 BGB?



Frage 1: Eigentümer des Bildes

A. Ursprüngliche Eigentümerin: B

B. Verlust durch Übereignung A an T, § 929 S. 1 BGB

Eigentümer des Bildes „Kühe auf der Weide“?

A. Ursprüngliche Eigentumslage

- I. B, § 1006 I BGB
- II. Ehe?

→ gesetzlicher Güterstand → k. gemeinsames Vermögen der Eheleute, § 1363 II 1 BGB

B. EGT-Verlust durch Übereignung A → T, § 929 S. 1 BGB?

- I. Einigung A – T, Übergabe (+)
- II. Verfügungsbefugnis

- A nicht EGTer/nicht zur Verfügungsbefugnis
- Verfügungsbefugnis des A an T
 - Geschäft zur angemessenen Verwertung

- (P) Dingliche Wirkung des § 1357 I 2 BGB?

e.A.: Dingliche Wirkung des § 1357 BGB

- Wortlaut § 1357 I 1: beide Ehegatten werden „berechtigt“ und „verpflichtet“ → spricht dafür. Dass auch EGT auf beide übergeht

Folge-(P):

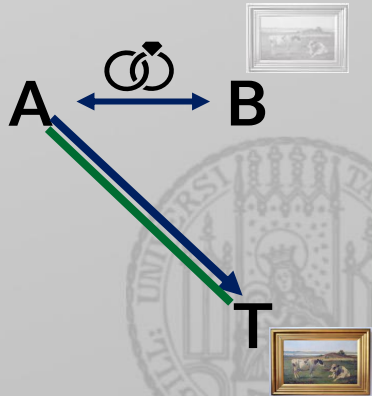
An wen wird idR übereignet?

- BGH: zumindest bei Erwerb Hausratgegenstände → Erwerb von Miteigentum gewollt, wenn keine ausdr. abw. Einigung, vgl. Rechtsgedanke § 1568b II BGB
 - → Regeln über „Geschäft für den, den es angeht“
 - → dabei vertrete handelnde Ehegatte auch anderen
 - → WE der Vertragsparteien idR so auszulegen, dass EGT der beiden Ehegatten als Miteigentum betrachtet werden soll
- a.A.: **Gegenleistungsprinzip**: wer Gegenl. erbringt → iZ EGTer
- a.A.: **Einzelfallbetrachtung**

h.M.:

§ 1357 enthält keinen selbständigen EGT-ErwerbsTB → dingliche Rechtslage nach allg. Regeln

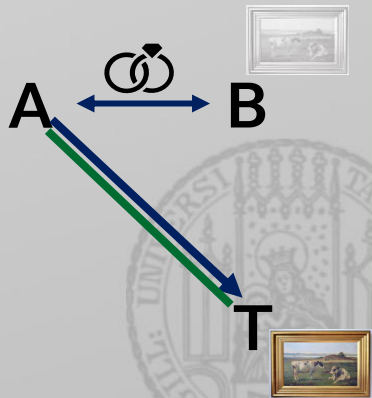
- Allg. Regeln (§§ 929 ff., 164 ff.) → ansonsten Publizitätsprinzip des Sachenrechts in praktisch wichtigem Bereich des tägl. Lebens de facto aufgehoben
- Zugewinnngemeinschaft → gerade grds. Trennung der Gütermassen → „berechtigt“ bedeutet nur, dass auch anderem Ehegatte Anspruch auf ÜE zusteht



Frage 1: Eigentümer des
Bildes

A. Ursprüngliche
Eigentümerin: B

B. Verlust durch
Übereignung A an T, §
929 S. 1 BGB



III. Z (P) Analoge Anwendung auf Verfügungen über Ggst.
des anderen Ehegatten?

C. Gut

I. G

II. I

- **Wortlaut:** nur Gegenstände, die im EGT des verfügenden Ehegatten (A)
- **Hier:** Gegenstand im EGT der B
- **h.M.:** § 1369 I BGB analog anwendbar auf Verfügungen über Gegenstände des anderen Ehegatten, **Arg.:** Nur so **Telos** § 1369 BGB voll verwirklicht; **argumentum a fortiori** [**Dagegen:** § 1369 = Ausnahmenvorschrift; Verkehrsschutz der §§ 932 ff. BGB durchbrochen]

III. Überdies: Absolutes Verfügungsverbot § 1369 BGB

Voraussetzungen § 1369 BGB

1. Gesetzlicher Güterstand, § 1363 I BGB
2. Dem verfügenden Ehegatten „gehörender“ Gegenstand des *ehelichen Haushalts*
3. Keine Einwilligung des anderen Ehegatten

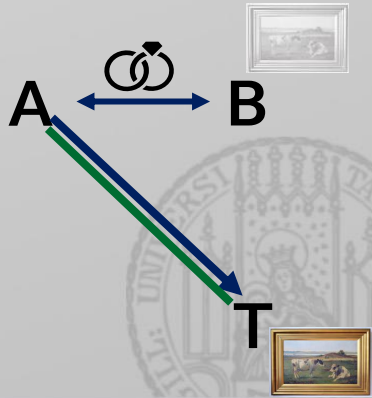
Rechtsfolgen:

1. Schwebende Unwirksamkeit von Verpflichtungs- + Verfügungsgeschäft → Genehmigung?
2. Keine Genehmigung → dingl. + schuldr. RG = nichtig gem. § 134 BGB (absolutes Veräußerungsverbot) → Keine Überwindung durch guten Glauben

Frage 1: Eigentümer des
Bildes

A. Ursprüngliche
Eigentümerin: B

B. Verlust durch
Übereignung A an T, §
929 S. 1 BGB



III. ZE: B weiterhin EGTer

C. Gutgläubiger Erwerb des T, §§ 929 S. 1, 932 BGB

I. Guter Glaube des T, § 932 II BGB

II. Kein Abhandenkommen, § 935 I 1 BGB

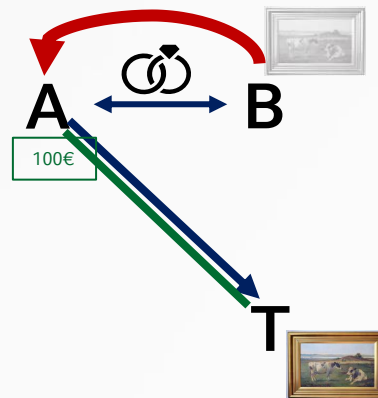
- A und B = Mitbesitzer, § 866 BGB
- **Hier:** Verlust des Mitbesitzes ohne den Willen der B
- → § 935 I 1 BGB (+)

III. Überdies: Absolutes Verfügungsverbot des § 1369 I BGB analog (**str.**)

D. Gesamtergebnis Frage 1: B weiterhin Eigentümerin



2. Frage: Ansprüche B $\rightarrow$ A in Bezug auf das Bild „Kühe auf der Weide“?



„Was will B?“

Anspruchsziel

Primärleistung

(z.B. § 433 II, § 631 I 2)

I. Entstanden

- Vor.: Wirksamer Vertragsschluss
- Keine rechtshindernden Einwendungen

II. Nicht erloschen

- Keine rechtsvernichtenden Einwendungen

III. Durchsetzbar

- keine Einreden

Herausgabe

I. Vertraglich

- z.B.: §§ 346 I, 546 I, 604, 667

II. Quasi-vertraglich

- Insb.: cic, GoA

III. Gesetzlich (insb. SR, DR, BR)

1. § 2018
2. § 985 (SP)
3. § 1007 I
4. § 1007 II
5. §§ 861, 862
6. §§ 823 ff, iVm 249 I 1
7. §§ 812 ff.

Schadensersatz

I. Vertraglich

- Insb. §§ 280 ff., § 536a

II. Quasi-vertraglich

- Insb. cic, berechnete GoA iVm § 280 I

III. Gesetzlich (insb. SR, DR)

1. §§ 989 ff.
2. §§ 678 iVm 687 II 1
3. §§ 823 I, II, 826
4. Gefährdungshaftung, insb. § 7 StVG, § 1 I ProdHaftG, § 833 BGB

Nutzungsersatz

I. Vertraglich

- z.B. §§ 346 I, 347 I, 667

II. Quasi-vertraglich

- v.a. GoA §§ 667 iVm 681 S. 2

III. Gesetzlich (insb. DR, SR, BR)

1. §§ 987 ff.
2. § 7 StVG
3. § 823 ff
4. §§ 678 iVm 687 II 1
5. §§ 812 ff.

Verwendungsersatz

I. Vertraglich

- z.B. §§ 347 II, 536a II, 601 II 1

II. Quasi-vertraglich

- v.a. GoA §§ 670 iVm 683 S. 1, 677

III. Gesetzlich (insb. SR, BR)

1. §§ 994 ff.
2. §§ 812 I 1 Alt. 2 iVm 951 I 1 (Verwendungskondiktion)

Gesamtschuld, §§ 426, 840?

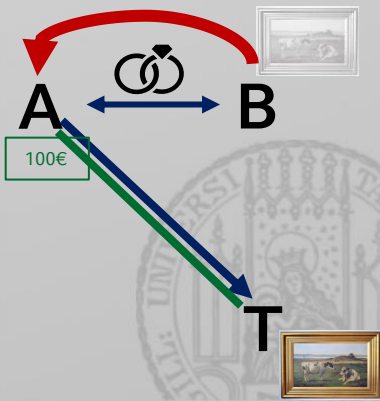
Frage 1: Eigentümer des
Bildes

Frage 2: Ansprüche B gegen
A

§ 120 III FamFG:

Die Verpflichtung
zur Eingehung der
Ehe und zur
Herstellung des
ehelichen Lebens
unterliegt nicht der
Vollstreckung

der Weggabe



A. Schadensersatzansprüche B gegen A

I. Anspruch aus §§ 280 I, 1353 I BGB

- **Grds.:** Personale Pflichten → §§ 1353 ff. vorrangig → keine PV
- **Ausn:** wirtschaftliche ehespez. Pflichten SV/PV iSd § 280 BGB
[→ ausführlicher Einführungsfolien oben]

II. Anspruch aus §§ 990 I, 989 BGB

1. EBV im Zeitpunkt der Weggabe

- a) B Eigentümerin
- b) A (Fremd-)Besitzer
- c) Aber: A RzB gem. § 986 BGB aus § 1353 BGB → eheliche Lebensgemeinschaft

2. EBV (-)

3. Analoge Anwendung §§ 989, 990 BGB auf „nicht so berechtigten Besitzer“?

- a) Regelungslücke
- b) Vergleichbare Interessenslage

4. ZE: EBV (analog) (-) → § 993 I aE (-)

Frage 1: Eigentümer des
Bildes

Frage 2: Ansprüche B gegen
A

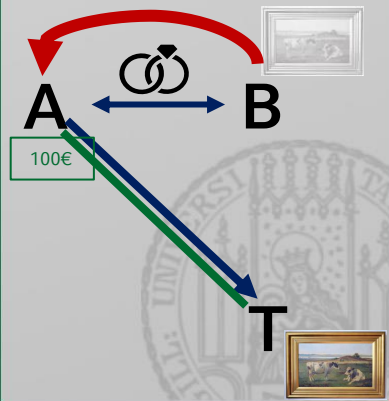
A. Schadensersatzanspruch
e B gegen A

I. Anspruch aus §§ 280 I,
1353 I BGB

II. Anspruch aus §§ 990 I,
989 BGB

1. EBV im Zeitpunkt
der Weggabe

2. Analoge Anwendung
der §§ 990 I, 989
BGB



III. Anspruch aus § 823 I BGB

1. Anwendbarkeit

2. RGV: Eigentumsverletzung/ber. Besitz

3. Verschulden [§ 1359 BGB?]

4. Schaden

- **Ausgangspunkt:** Rückübereignung des Bildes/Wert des Bildes, §§ 249 I, 251 I BGB
- **Zu berücksichtigen aber: B → T § 985 BGB (etc.)**
 - **Herausgabe realisierbar:** Kosten Rechtsdurchsetzung + etwaiger Schaden, der aus der Vorenthaltung des Besitzes folgt
 - **Herausgabe nicht realisierbar:** Geldentschädigung für den Wert des Bildes

Frage 1: Eigentümer des
Bildes

Frage 2: Ansprüche B gegen
A

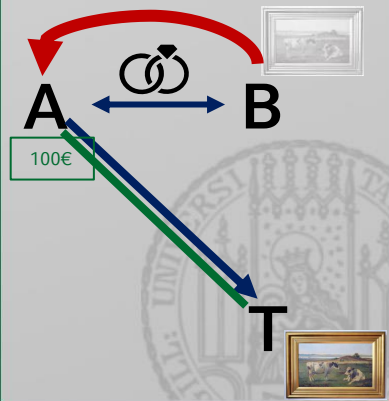
A. Schadensersatzanspruch
e B gegen A

I. Anspruch aus §§ 280 I,
1353 I BGB

II. Anspruch aus §§ 990 I,
989 BGB

1. EBV im Zeitpunkt
der Weggabe

2. Analoge Anwendung
der §§ 990 I, 989
BGB



III. Anspruch aus § 823 I BGB

1. Anwendbarkeit

2. Eigentumsverletzung/Besitz

Pflicht zur Nichtgeltendmachung von Ansprüchen während der Ehe („Stillhaltepflicht“ der Ehegatten)

Arg.: Eheliche Beziehungen → gedeihliches
Zusammenleben/Rücksichtnahme, § 1353 I 2 BGB / § 242 BGB

- **Grds.:** (-), Arg.: § 1359 BGB; nicht gerechtf. Schlechterstellung Ehegatte im Vergleich zu Dritten; Privatautonomie
- **Ausn:** Nur bei Vorliegen besonderer Umstände; „rücksichtslose Geltendmachung“
 - Pflichten verletzt, die zu höchstpersönl. Bereich Ehe gehören → mit staatlicher Gewalt nicht durchzusetzen, § 120 III FamFG
 - Haftende Ehegatte würde durch Inanspruchnahme wesentliche Nachteile erleiden, die über die mit Schaden verbundene Vermögenseinbuße hinausgehen

Frage 1: Eigentümer des
Bildes

Frage 2: Ansprüche B gegen
A

A. Schadensersatzanspruch
e B gegen A

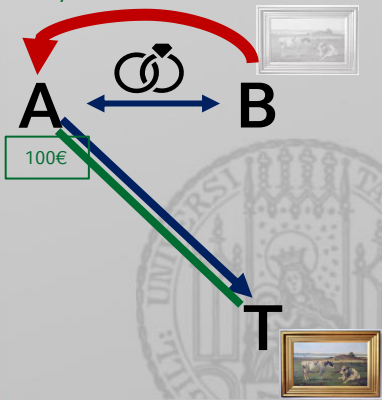
I. Anspruch aus §§ 280 I,
1353 I BGB

II. Anspruch aus §§ 990 I,
989 BGB

III. Anspruch aus § 823 I
BGB

IV. Anspruch aus § 823 II
BGB i.V.m § 246 StGB

V. Anspruch aus §§ 687 II
1, 678 BGB



IV. Anspruch aus § 823 II BGB i.V.m Schutzgesetz?

1. Schutzgesetz [Gesetz = Art. 2 EGBGB]

Schutzgesetz = Rechtsnorm, die – jedenfalls auch – dazu dienen soll, den Einzelnen oder einzelne Personenkreise gegen die Verletzung eines Rechtsguts oder Rechts zu schützen (Individualschutz)

- § 242 StGB

- § 246 StGB

2. Verstoß gegen Schutzgesetz

3. ZE: § 823 II BGB i.V.m. § 246 StGB (+); Umfang vgl. oben

V. Anspruch aus §§ 687 II 1, 678 BGB [SE; angemäße Eigengeschäftsf.]

1. Fremdes Geschäft (+)

2. Wissen um fehlende Berechtigung (+)

3. ZE: SE; Umfang vgl. oben

Frage 1: Eigentümer des
Bildes

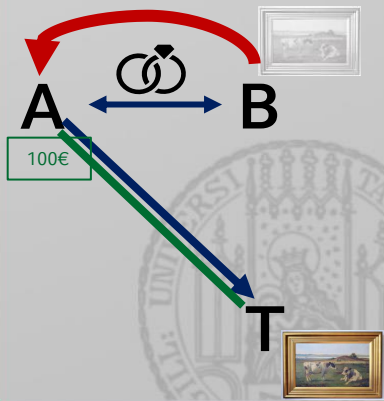
Frage 2: Ansprüche B gegen
A

A. Schadensersatzanspruch
e B gegen A

B. Herausgabeansprüche
(gerichtet auf 100 EUR)

I. Anspruch aus § 816 I 1
BGB

1. Verfügung eines
Nichtberechtigten
2. Dem Berechtigten
gegenüber
wirksam?



B. Herausgabeansprüche (gerichtet auf 100 EUR)

I. Anspruch aus § 816 I 1 BGB

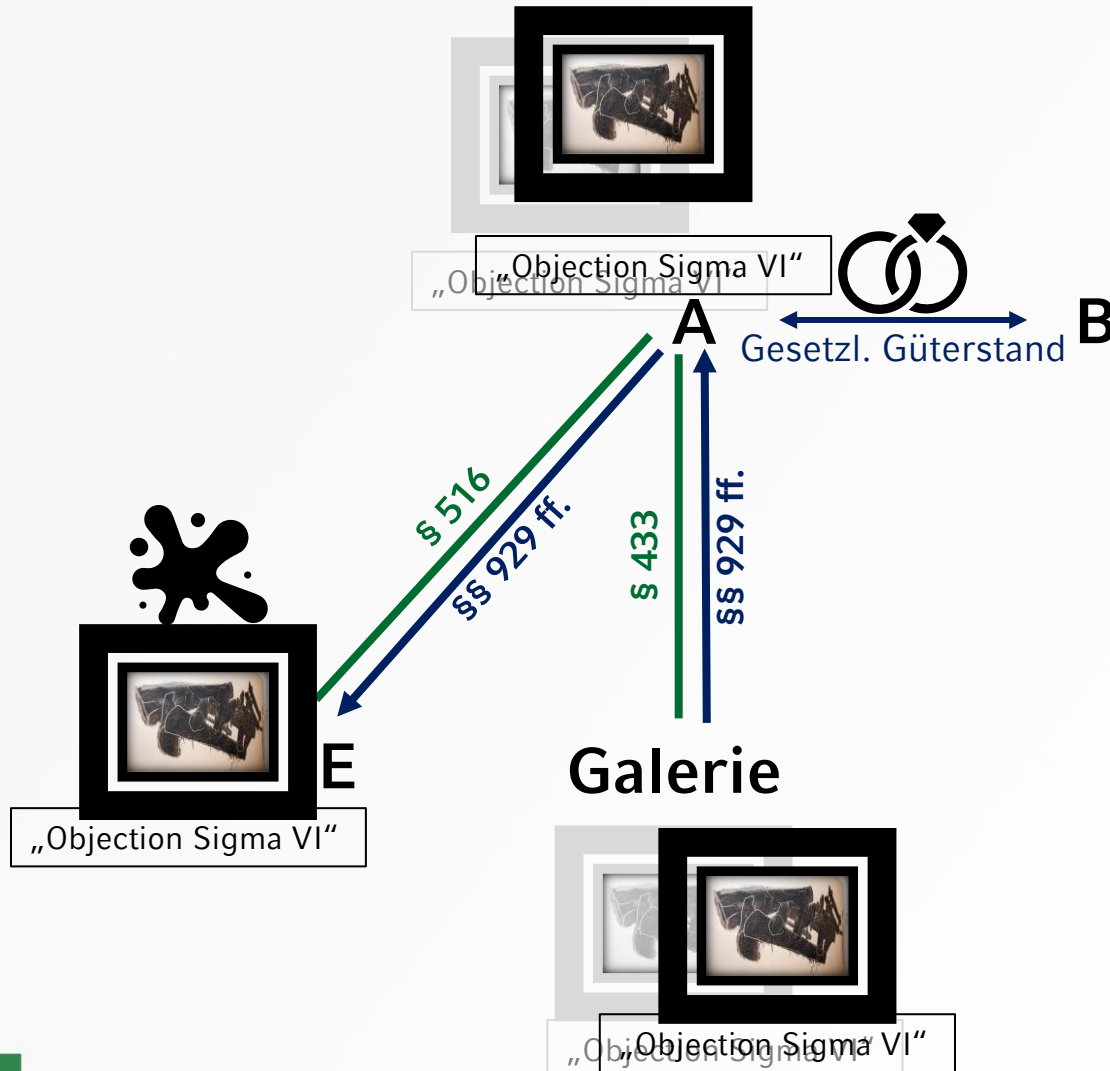
1. Verfügung eines Nichtberechtigten (+)
2. Dem Berechtigten gegenüber wirksam? (-)
 - § 935 I BGB bzw. § 1369 BGB analog → kein gutgläubiger Erwerb des T möglich, vgl. oben
 - **Aber:** Genehmigung möglich, § 185 II 1 BGB

II. Anspruch aus §§ 687 II, 681 S. 2, 667 BGB

1. Voraussetzungen (+), s.o.
2. Rechtsfolge: Herausgabe der erlangten 100 €

Skizze Frage 3

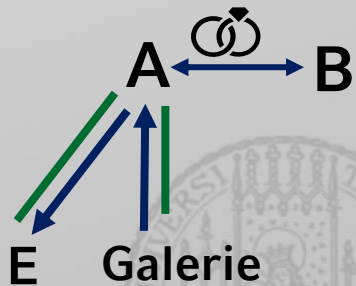
3. Frage: Wer ist Eigentümer der Grafik „Objection Sigma VI“?



Frage 1: Eigentümer des
Bildes

Frage 2: Ansprüche B gegen
A

Frage 3: Eigentümer
„Objection Sigma VI“

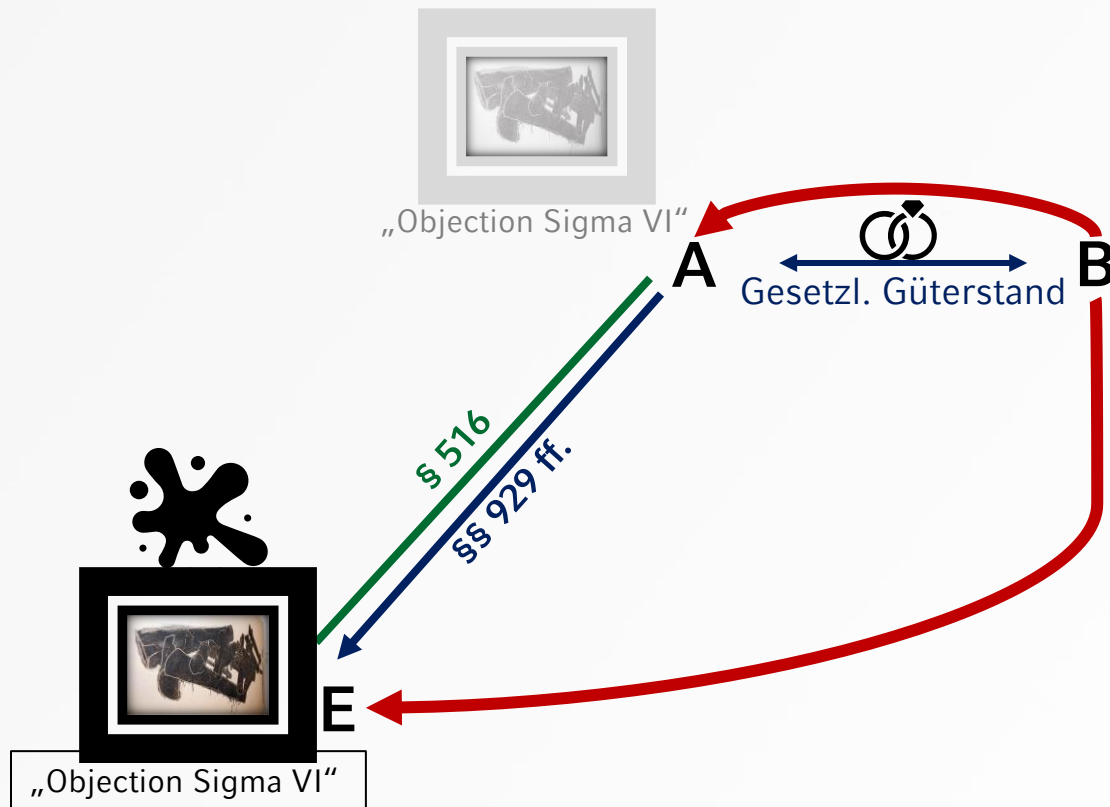


Eigentum an der Grafik „Objection Sigma VI“?

1. Ursprünglich: Galerist, § 1006 I BGB
2. Übereignung an Galerist → A
 - a) § 929 S.1 BGB (+)
 - b) **Richtigerweise kein Miteigentum** der B gem. § 1357 I 2 BGB begr., s.o.
 - c) **ZE**: A = EGTer der Grafik „Objection Sigma VI“
3. Übereignung A → E, § 929 S. 1 BGB?
 - Verfügungsbefugnis des A?
 - Grds. (+), aber: § 1369 I BGB → (-)
4. **Gutgläubiger Erwerb A → E, §§ 929 S. 1, 932 BGB?**
 - § 1369 I BGB = absolutes Verfügungsverbot
 - Zudem: Erwerb v. Berechtigten
5. **Ergebnis: A ist Eigentümer**

Skizze Frage 4

Welche Ansprüche kann B gegen A und/oder E
wg. Entfernung der Grafik aus der Wohnung + deren Beschädigung geltend machen?



Frage 1: Eigentümer des
Bildes

Frage 2: Ansprüche B gegen
A

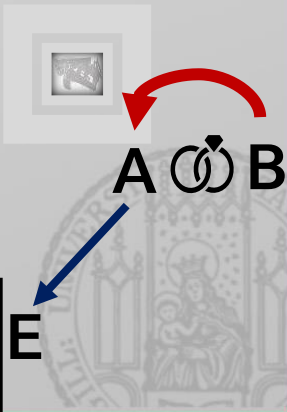
Frage 3: Eigentümer
„Objection Sigma VI“

Frage 4: Ansprüche B gegen
A oder E wegen Grafik

A. Ansprüche B gegen
A

I. Besitzrechtliche
Ansprüche, §§ 859, 861
BGB,

II. § 823 I BGB



A. Ansprüche B → A

I. Besitzrechtliche Ansprüche, §§ 859, 861, 1007 I, II BGB

- A nicht mehr Besitzer

II. § 823 I BGB

1. VL-Handlung:

- a) Beschädigung
- b) Entfernen der Grafik aus Wohnung

2. RGV: Berechtigter (Mit-)Besitz der B

- Bild zeitweise in gem. Wohnung von A und B
- B hat generellen Erwerbs- und Besitzwillen an den Gegenständen, die in gem. Wohnung kommen [aA vertretbar]

3. RWK, Verschulden [HP § 1359 (-)]

4. ZE: §§ 823 I, 249 I BGB: Wiedereinräumung Besitz (+)

Frage 1: Eigentümer des
Bildes

Frage 2: Ansprüche B gegen
A

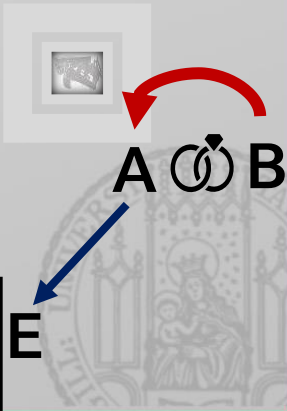
Frage 3: Eigentümer
„Objection Sigma VI“

Frage 4: Ansprüche B gegen
A oder E wegen Grafik

A. Ansprüche B gegen
A

I. Besitzrechtliche
Ansprüche, §§ 859, 861
BGB,

II. § 823 I BGB



III. § 823 II i.V.m. § 1369 BGB

- (P): § 1369 BGB = Schutzgesetz?

Schutzgesetz = Rechtsnorm, die – jedenfalls auch – dazu dienen soll, den Einzelnen oder einzelne Personenkreise gegen die Verletzung eines Rechtsguts oder Rechts zu schützen (Individualschutz)

- OLG Celle NJW 1970, [1882](#) [[1883](#)]: § 1365 BGB = SG (+)
- ZE: §§ 823 II iVm 1369, 249 I BGB: Wiedereinräumung Besitz (+)/(-)

Frage 1: Eigentümer des Bildes

Frage 2: Ansprüche B gegen A

Frage 3: Eigentümer „Objection Sigma VI“

Frage 4: Ansprüche B gegen A oder E wegen Grafik

A. Ansprüche B gegen A

B. Ansprüche B gegen E

I. Eigene Ansprüche der B (auf Herausgabe der



A ⊙ B



B. Ansprüche B → E

I. Eigene Ansprüche der B (Mitbesitz)

1. Anspruch aus § 861 BGB (+)

- Verbotene EM, § 858: Besitzentzug durch E ohne den/gegen den Willen der B [gut vertretbar +]
- Ebenfalls vertretbar: verbotene EM nur durch A → Zurechnung A → E? (P) Pos. Kenntnis der E → § 861 BGB (-)

2. Anspruch aus § 1007 I BGB

- E bösgläubig iSd § 932 II BGB im Hinblick auf RzB?

Grobe Fahrlässigkeit: Verletzung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt in besonders schwerem Maße

- Hier: Wohnung mehrfach betreten → grobe Fahrlk. (+)

3. Anspruch aus § 1007 II BGB (+)

4. Anspruch aus § 823 I BGB (+)

Frage 1: Eigentümer des
Bildes

Frage 2: Ansprüche B gegen
A

Frage 3: Eigentümer
„Objection Sigma VI“

Frage 4: Ansprüche B gegen
A oder E wegen Grafik

A. Ansprüche B gegen
A

B. Ansprüche B gegen
E



A ⊗ B

E

5. Anspruch aus § 812 I 1 Alt. 1 BGB (-)

- keine Leistung Besitz B → E

6. Anspruch aus § 812 I 1 Alt. 2 BGB

- Grds.:** Vorrang Leistungsbeziehung A – E → Subsidiaritätsgrundsatz
- Ausn:** Durchbrechung Subsidiaritätsgrundsatz
 - Gut vertretbar: wegen Wertung des § 1369 BGB: Interesse der B an Sicherung wirtschaftlicher Grundlage Familie/ZGA > Erwerbsinteresse E [aA sehr gut vertretbar]
 - Ebenso gut vertretbar: Rechtsgedanke §§ 816 I 2, 822 BGB → Schwäche des unentgeltlichen Erwerbs → Direktdurchgriff ausnahmsweise zulässig

Frage 1: Eigentümer des
Bildes

Frage 2: Ansprüche B gegen
A

Frage 3: Eigentümer
„Objection Sigma VI“

Frage 4: Ansprüche B gegen
A oder E wegen Grafik

A. Ansprüche B gegen A

B. Ansprüche B gegen E



A ∅ B



II. Geltendmachung der Ansprüche des A → E durch B gem. §§ 1369 III, 1368 BGB

- § 1368 BGB: nur Ansprüche die auf der Unwirksamkeit der Verfügung beruhen!

1. Herausgabeansprüche A → E

a) § 985 BGB (+)

- A = Eigentümer geblieben
- E = Besitzerin
- RzB der E → Schenkung, § 516 BGB?
 - Grds.: §§ 125 S. 1, 518 I BGB
 - Ausn: „Handschenkung“, § 518 II BGB
 - Formmangel durch Bewirkung der versprochenen Leistung geheilt
 - Aber: Bewirkung der Leistung?
- ZE: § 985 (+)

Frage 1: Eigentümer des
Bildes

Frage 2: Ansprüche B gegen
A

Frage 3: Eigentümer
„Objection Sigma VI“

Frage 4: Ansprüche B gegen
A oder E wegen Grafik

A. Ansprüche B gegen A

B. Ansprüche B gegen E



A ∅ B

E

b) § 812 I 1 Alt. 1 BGB (Kondiktion des Besitzes)

- Anspruch resultiert aus Unwirksamkeit der Verpflichtung <-> nicht der Verfügung
- → (-)

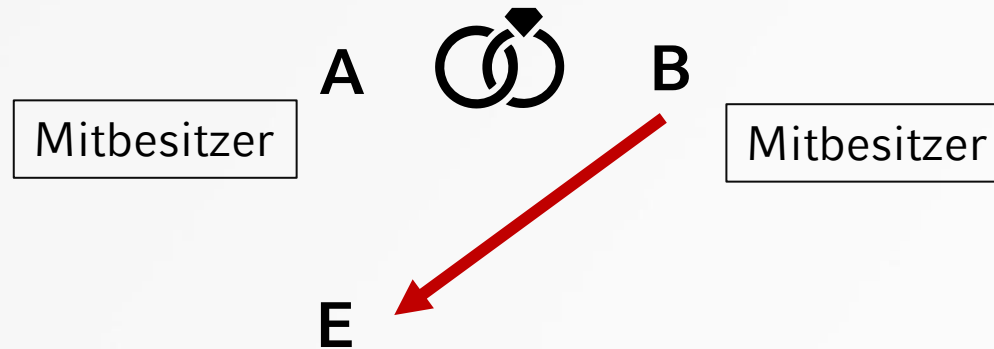
2. Schadensersatzansprüche

a) §§ 990 I 1, 989 BGB (+)

b) § 823 I BGB

- **§ 993 I aE** [gilt nach hM auch für bösgl. Besitzer]
- **§§ 992, 823 BGB**
 - **Vor.:** VE gegen unmittelbar/mb besitzenden EGTer/Besitzdiener (hM, Arg.: § 992 BGB dient Schutz des EGTERS)
 - **Hier:** (-)

Frage 5 und 6



- A und B verheiratet; leben im gesetzl. Güterstand
- Gemeinsame Mietwohnung
- A lädt einige Male seine Affäre E in die gemeinsame Wohnung ein, mit der er seit längerer Zeit ohne Wissen seiner Ehefrau ein intimes Verhältnis hat

5. B → E: Unterlassen, eheliche Wohnung zu betreten?

6. B → E: Abstandnahme von Fortsetzung ehewidriger Beziehungen zu A?



Schutz der Ehe gegen Ehestörung/Ehebruch

Ein Ehepartner

Anderen Ehepartner

Beseitigung/Unterlassung

VL Ehe als solcher

VL räuml.-
ggstl. Bereich
der Ehe

- Pos.+ neg. Herstellungsklage aus § 1353 BGB (+)

Aber: Vollstreckbarkeit (-), § 120 III FamFG

- Allg. Unterlassungsanspruch §§ 1004, 823 (-)

- § 862 (-) vgl. § 866
- §§ 1004, 823 (+)

SEA

- § 280 I iVm § 1353 (-), nur bei vermögensr. Pflichten

- § 823 I nur bei Abwicklungsschäden (+) (str.)

- (§ 826 I bei sittenw. VH)

Dritten

Beseitigung/Unterlassung

VL Ehe als solcher

VL räuml.-
ggstl. Bereich
der Ehe

- Allg. Unterlassungsanspruch §§ 1004, 823 (-)

- § 862 I 2 (+)
- §§ 1004, 823 (+)

SEA

- § 823 I nur bei Abwicklungsschäden (+) (str.)
- (§ 826 I bei sittenw. VH)

Frage 5

A. Anspruch aus §§ 862 I S.

2 i.V.m. S. 1 BGB

I. Besitz der B

II. Besitzstörung durch

Ist Beeinträchtigung bereits erfolgt + geht es um Unterlassung weiterer Störungen → an Feststellung der Wiederholungsgefahr keine hohen Anforderungen zu stellen, **Arg.:** verübte verbotene Eigenmacht begründet tatsächliche Vermutung für die Besorgnis weiterer Beeinträchtigungen

Vgl. dazu MüKoBGB/Schäfer, 8. Aufl. 2020, BGB § 862 Rn. 3 mwN

Frage 5: Ansprüche der B → E: Unterlassen **Betreten Ehewohnung**

A. Anspruch aus §§ 862 I S. 2 i.V.m. S. 1 BGB

I. Besitz der B

- B = Mitbesitzerin der Wohnung

II. Ausschluss § 866 BGB (-), da VH zu Dritten betroffen

III. Besitzstörung durch verbotene Eigenmacht der E gem. § 858 I BGB

- Besitzstörung gegen Mitbesitzerin B (+)
- **(P) A als Mitbesitzer → Zutritt E erlaubt**
 - Wirkt Erlaubnis A auch gegen B, § 1353 I 2 BGB? (Prinzip der Gemeinschaftlichkeit und Rücksichtnahme in der Ehe)
 - Gilt jdf. nicht, wenn erlaubnisgebender Ehegatte dadurch – wie hier – Ehestörung ermöglicht

IV. Wiederholungsgefahr

- auf Tatsachen gründende Wahrscheinlichkeit weiterer Wiederholungen des Betretens durch E erforderlich → (+)/(-)

V. Ergebnis: Je nach Entscheidung zu IV. hat B einen/keinen Anspruch auf Unterlassen des Betretens der ehelichen Wohnung gegen E.

Frage 5

A. Anspruch aus §§ 862 I S. 2 i.V.m. S. 1 BGB

- I. Besitz der B
- II. Besitzstörung durch verbotene Eigenmacht, § 858 I BGB
- III. Wiederholungsgefahr
- IV. Ergebnis

B. Anspruch aus § 1004 BGB analog i.V.m. § 823 I BGB

- I. Rechtsgutsverletzung

B. Anspruch aus § 1004 i.V.m. § 823 I BGB analog

I. Rechtsgutsverletzung

1. Besitz

- Berechtigter Mitbesitz = sonstiges Recht i.S.v. § 823 I BGB

2. Schutz des räumlich gegenständlichen Bereichs der Ehe

- **(P) Schutz als absolutes Recht (Teil APKR)?**

Contra:

- Anerkennung als absolutes Recht → SE-/Unterlassungs-Anspr. auch gg. Dritte
- <-> Ehe relative Rechte
- Unterlaufen d. Wertungen des § 1353 I 2 BGB, § 120 III FamFG + Zerrüttungsprinzip <-> [früher Verschuldensprinzip]

Pro (hM):

- Betrifft äußeren Ehebereich + ist räumlich abgrenzbar und bestimmbar (idR Ehwohnung)
- Sachliche Nähe zum (Mit-)Besitz der Ehegatten → Vglbk. sonstige Rechte iSd § 823 I

Frage 5

A. Anspruch aus §§ 862 I S. 2 i.V.m. S. 1 BGB

- I. Besitz der B
- II. Besitzstörung durch verbotene Eigenmacht, § 858 I BGB
- III. Wiederholungsgefahr
- IV. Ergebnis

B. Anspruch aus § 1004 BGB analog i.V.m. 823 I BGB

- I. Rechtsgutsverletzung
- II. Duldungsverpflichtung der B, § 1004 II BGB analog
- III. Wiederholungsgefahr, § 1004 I 2 BGB analog
- IV. Ergebnis



II. Duldungsverpflichtung der B gem. § 1004 II BGB analog

- **Grds:** Pflicht der Ehegatten aus § 1353 BGB zur Duldung von Besuchern des anderen Ehegatten in Ehewohnung
- **Grenze:** Aufnahme ehestörenden Kontakts → Hier: (+)

III. Wiederholungsgefahr, § 1004 I 2 BGB analog

- Hier: (+)/(-), s.o.
- **Folge-(P), falls Wiederholungsgefahr (+)**
 - durch Vollstreckungswirkung auf Dritten prima facie:
 - mittelbare Druckausübung auf Ehegatten
 - Widerspruch zu § 120 III FamFG
- **Aber:**
 - Bei räumlich-gegenständlichem Bereich der Ehe geht es um Verteidigung des persönlichen Lebenskreises, der abgrenzbar + bestimmbar
 - → gerade kein Versuch der Aufrechterhaltung der Ehe in ihrem Fortbestand

IV. Ergebnis: Je nachdem, ob Wiederholungsgefahr (+)/(-): B → E: **Unterlassen Betreten Ehewohnung** gem. §§ 1004 I, 823 I BGB analog

Frage 5

A. Anspruch aus §§ 862 I S. 2 i.V.m. S. 1 BGB

B. Anspruch aus § 1004 BGB analog i.V.m. 823 I BGB

C. Anspruch aus § 1004 I BGB analog i.V.m. 823 II BGB

I. Verletzung eines Schutzgesetzes

II. Voraussetzungen des § 1004 BGB analog

III. Ergebnis

C. Anspruch aus § 1004 I analog i.V.m. § 823 II BGB i.V.m.

Schutzgesetz

I. Verletzung eines Schutzgesetzes

- Art. 6 I GG (-), Arg.: dient nur Ehe als Institution; schützt nicht deren Fortbestand
- § 862 BGB (+), s.o.

II. Voraussetzungen des § 1004 BGB analog (+)/(-). s.o.

III. **Ergebnis:** Je nachdem, ob Wiederholungsgefahr (+)/(-) → F → A
Anspruch Unterlassen **Betreten Ehewohnung** auch gem. §§ 1004 I, 823 II BGB analog



Frage 5

Frage 6

Anspruch aus § 1004 BGB
analog i.V.m. § 823 I BGB

I. Rechtsgutsverletzung

II. Ergebnis

Frage 6: Anspruch B → E Unterlassen **ehewidriger Beziehung** zu A?

§ 1004 BGB analog i.V.m. § 823 I BGB

I. Rechtsgutsverletzung

**(P) Schutz des ungestörten Fortbestands der ehelichen Gemeinschaft als
absolutes Recht i.S.v. § 823 I BGB?**

BGH: (-)

- Könnte man Unterlassung der Ehestörung vom Dritten verlangen → würde Mitwirkung des Ehepartners voraussetzen
→ Unterlaufen § 120 III FamFG
- Ehestörung im innerehel. Bereich → delikt. Rechtsschutz nicht eröffnet

a.A.: (+)

**Schutz zum. des Rechts auf
Ungestörtheit der sexuellen
Beziehungen in der Ehe**

- Keine Umgehung Vollstreckungsverbot § 120 III FamFG, da nur Schutz vor **unmittelbarem Erfüllungszwang**
- → Versagung Unterlassungs- bzw. SE-Ansprüche stünde im Gegensatz zur anerkannten Gewährung von Schmerzensgeld bei VL APKR

II. Ergebnis: Recht als soziales Ordnungsinstrument stößt hier an s. Grenzen
rechtl. Durchsetzung ehel. Treue → kein Anspruch

Zur Vertiefung:

- **Zum Familienrecht:** Examinatorium Familienrecht (→ Folie 24)
- **Zu § 1004 BGB:** *Neuner*, Sachenrecht, Rn. 222 ff. mit Fall 7 „Streit unter Nachbarn“



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Mitarbeit!
Und: Schöne und erholsame Semesterferien!

Thomas Sagstetter
Münchner Examenstraining

https://www.jura.uni-muenchen.de/personen/s/sagstetter_thomas/index.html

Fragen jederzeit gerne via E-Mail:
thomas.sagstetter@jura.uni-muenchen.de

